

Der Neueste-...
50. Jahrgang
Preis 80 Pfennig
Sachbuchverlag

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Laden & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Gede, Kothof, Dresden
und Köhlerische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: monatlich 1,50 M., halbjährlich 7,50 M., jährlich 14 M.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Weimarer Platz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weimarer Platz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Kompatibilitätsschrift 30 Pf., die 90 mm breite Reklameschrift 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Belegüberlegung 10 Pf.

Nr. 241

Dresden, Donnerstag den 15. Oktober 1925

36. Jahrg.

Die Stützen der Reaktion

Blutige Bilder aus dem nationalistischen Lager

SP. Das Problem der völkischen Jenseits, das seit drei Jahren der Polizei der deutschen Länder ein Geheimnis mit sich zugehen hat, ist nunmehr in der Presse so breit aufgedeckt worden, daß es möglich ist, über das System, mit dem die Führer der „Schwarzen Reichswehr“ ihre Landeshauptstellen zusammenhielten, eine zusammenhängende Darstellung zu geben. Die nationalistischen Geheimverbände brauchen eine „Tschaka“, um irgendwelche unsichere und mißliebige Elemente vor ihrem Ausscheiden zu beseitigen, damit die Kenntnisse, die sie sich im Verlauf ihrer Landeshauptstellen angeeignet haben, nicht zu den Ohren der Gerichte kommen.

Oberleutnant Schulz, der Kommandant der Aufklärungsabteilung in Brandenburg, Pommern und Mecklenburg während der Unglückstage des Herbstes 1923, besaß ein solches wohlausgestattetes, mit Sonderzulagen bedachter „Kriminalen“, die hauptsächlich die Ueberwachung und die Beseitigung unsicherer Elemente auszuüben hatten. Sie hatten ihre eigenen Ausweise und ihre Aufgebotsblätter, das darin bestand, alle irgendwie verdächtigen Leute, auch Offiziere, den Vorgesetzten zu melden und sie bei dem Verdacht der „Unzuverlässigkeit“ dem Oberleutnant Schulz zwecks kurzfristiger „Beseitigung“ zu benennen.

Etwa 40 Leute, mit Sonderzuschuß zum Kauf von Pistolen, Aker und Schnaps ausgestattet, bildeten die „Tschaka“ des Oberleutnants Schulz. Der berühmteste dieser Vorkämpfer war jener ehemalige Marineoffizier Klapprott, der vor kurzem in Wesel beim Passieren der deutschen Grenze verhaftet worden ist. Er besaß eine eigene Medaille, seine Opfer anzubringen, nämlich die zwei bedeutendsten Kämpfer in den Winterkämpfen. An Brust und Schulter trug er ein Kreuz, prägnant sich mit der Reichswehr, daß die Soldaten flohen und die Schellen klirren, und dann verständlich man sich wieder und schlief auf einem Strohhalm und trank aus einem Glas.

Ein bekannter Mord ist der Totschlag an dem Leutnant Sand. Leutnant Sand sollte „umgebracht“ werden, weil er zuviel Geld besaß, von dessen Herkunft sich seine Vorgesetzten kein klares Bild machen konnten. Am sogenannten Scheitelpunkt bei Döberitz wurde er durch den berühmten Kaufmann Klapprott niedergeworfen und mit zwei Schüssen in den Hinterkopf getötet.

Innerhalb dieser Tschaka herrschte übrigens keine allzu große Freundschaft. Zu Zeiten ging man sogar mit dem Schwert an, sich gegenseitig umzubringen. So hatte Klapprott den Befehl des Oberleutnants Schulz mit aller Energie anzupacken, seinen Kollegen Witschko „umzubringen“. Man schickte sich herum, prüfete sich mit der Reichswehr, daß die Soldaten flohen und die Schellen klirren, und dann verständlich man sich wieder und schlief auf einem Strohhalm und trank aus einem Glas.

Eine noch nicht aufgeklärte Mordtat war die Ermordung eines gewissen Voed, der von Oberleutnant Schulz wegen seiner Reisen ins besetzte Gebiet verdächtigt worden war. Nachdem die „Umleitung“ durch die Tschaka nicht mehr weiterzuführen war, ermittelte der unter dem Schwert stehende Mordkommandant Oberleutnant Schulz einen „Kollaboranten“ gegen den „Landesbetreiber Voed“. Der wurde von der Kriminalpolizei gepöbelt und schließlich unterhalb ein halbes Jahr hinter Schloß und Riegel gehalten. Er als der Berliner Putsch im Lande verlaufen und die schwarze Reichswehr in alle Winde vertrieben war, äffneten sich ihm die Tore der Untersuchungsgefängnisse in Weidau.

Einen weiteren Mordord befahl unser Schwärmer Paragrafen die Mecklenburger Volkszeitung, auf. Es handelt sich um die

Geißelung des Köpfbreders Peter durch einen Feldwebel Volbt

am 15. Dezember 1923 auf dem Wege von Bad Kleinen nach Mecklenburg. Der Mörder und seine Mitarbeiter sind sämtlich Angehörige der ehemaligen Schwarzen Reichswehr, und zwar des Regiments von Zenden. Der Mörder Feldwebel Volbt, der augenblicklich im Untersuchungsgefängnis in Weidau sitzt und gegen den voraussichtlich im November d. J. ein Ausnahmegericht verhandelt wird, war Angehöriger der Schwarzen Reichswehr und des Frontbataillons 101. Er hat sich einen hochklingenden Namen und einen falschen Titel erworben. So nannte er sich „Graf Montgelas“. Er war der typische und gewöhnliche „Tschaka“, wie man die Mitglieder dieser Formationen nennt. Nachdem er Peter geißelt hatte, prüfete er sich, nachdem die schweizerische Polizei besondere Sicherheitsmaßnahmen mit verstärktem Polizeiaufgebot angelegt hatte. Außerdem ist ein starkes Aufgebot italienischer Gendarmen zum Schutze des großen Kommandanten aus Rom in Locarno gemeldet worden.

Wenn auch die Konferenz ihre letzten Arbeiten formell noch nicht abgeschlossen hat, so scheint es doch anzunehmen, ihr Ergebnis, soweit es bereits feststeht oder nicht mehr zweifelhaft ist, in rohen Umrissen zu skizzieren. Auch das Bewußtsein, daß die deutsche Delegation in diesen Tagen zwar keine ausgeprochenen Forderungen, wohl aber alles das demontierte, was ihr mit Rücksicht auf die Deutschnationalen unangenehm ist, kann uns von einer Skizzierung nicht abhalten.

Beher wurde vor einem sogenannten „Jemegericht“ in Schwerin im Hause Kaiser-Wilhelm-Straße 40, wo sich auch das Bureau der Deutschvölkischen Partei befindet, gefaßt. Zunächst sollte Beher durch Gift beseitigt werden, das durch den Leutnant Franz bei einem völkischen Schwärmer Arzt besorgt werden sollte. Als das Gift nicht herbeigeschafft werden konnte, beschloß man, den Beher durch den Feldwebel Volbt erschlagen zu lassen. Man folgte ihm in seiner Wohnung, schaffte ihn in die Reichswehr-Artillerie-Kaserne und hielt ihn dort mehrere Tage in einem Mannschaftszimmer gefangen. Am 15. September wurde Beher von Volbt bis Bad Kleinen gebracht und auf der Straße nach Dorf Mecklenburg durch verschiedene Kopfschüsse zu Boden gestreckt. Er war sofort tot. Volbt brüstete sich nachher: „Der hat gleich die Augen ausgepudelt!“ — Unser Parteiblatt schreibt zu diesem Wort:

„Auch in Köpfbreders Kreisen erregte es damals Aufsehen, daß Volbt bei Schilderung der Tat behauptete, er sei nach dem Mord nach Rindorf gegangen und habe dem Gutsherrn und damaligen Vorsitzenden des mecklenburgischen Landbundes Freiherrn von Brandenstein, dem jetzigen Ministerpräsidenten, von der Tat Mitteilung gemacht. Allerdings hat auch später, als der Mordverlauf verfolgt war, Volbt noch derartige Behauptungen ausgesprochen.“

Es ist zu fordern, daß die mecklenburgische Regierung, die in den letzten Tagen die Begrabung der Mörder von Oberhof angekündigt hat, dafür sorgt, daß die Affäre Volbt, die bis auf das Gut des mecklenburgischen Ministerpräsidenten hinübergegriffen, in voller Öffentlichkeit durchgeführt wird, um dieses Mißverhältnis der völkischen Jenseits zur Kenntnis der Kreise zu bringen, die ihre Söhne seit Jahren der sogenannten „Völkischen Freiheitsbewegung“ anvertraut haben.

Was aber sagt die schwarzweisse Presse zu diesen Mordtaten der deutschen Nationalen? Sie schweigt betreten, wo es zu reden gilt!

Neue Verhaltungen in den Jememord-Affären

Restnahme des früheren Kommandanten der Spandauer Zivilliste

Die rastlose Tätigkeit der politischen Polizei zwecks völliger Aufklärung aller innerhalb der sogenannten schwarzen Formationen begangenen Jememorde führt fast täglich zu neuen Verhaftungen von Angehörigen jener Kreise. Wie die BS-Korrespondenz erzählt, ist am Dienstagabend von den Beamten der Abteilung IA der ehemaligen Kommandant der in der Spandauer Zivilliste untergeordneten schwarzen Formationen, Oberleutnant Sudzinski, festgenommen worden. Die Spandauer Zivilliste spielte, wie erinnerlich, schon während des Kärntner Putsches eine bedeutende Rolle. Im Zusammenhang mit den Jememord-Affären in der Gegend von Spandau und Döberitz ist Sudzinski bereits wiederholt genannt worden, er scheint im Verdacht der Mitwisserschaft in einem, wenn nicht gar mehreren dieser Fälle zu stehen.

Vor dem Ende der Konferenz

Abchluss der Beratungen in Locarno am Sonnabend oder Montag

Locarno, 15. Oktober. (Eig. Transk. unseres Sonderkorrespond.)

Es blieb dem Beside unserer Reichspresse vorbehalten, in dem Augenblick nach dem einer „Krise in Locarno“ zu berichten, wo sich die Delegationen zum baldigen Aufbruch rüsten. In einer kurzen Formittagsitzung werden am Donnerstag die am Mittwoch beschlossenen Formulierungen von den Juristen aufgearbeitet werden und dann sollen am Nachmittag mit Nachdruck die rechtlichen Arbeiten erledigt werden, so daß am Sonnabend oder spätestens am Montag die Beratungen offiziell abgeschlossen werden können. Es ist sogar der Verlangenwunsch Chamberlains, den Oberleutnant des „wirklichen Friedens“ von Locarno auf Freitag den 16. Oktober, den 62. Jahrestag seiner Geburt, festzusetzen. Mussolini hat sich nach langen Hin und Her endlich entschlossen, dabei zu sein. Er ist am Mittwochabend von Rom abgereist und wird heute vormittag 9 1/2 Uhr von Mailand aus unter starker Bedeckung mit einem Automobil die Weiserreise nach Locarno antreten, wo er gegen Mittag erwartet wird. Sein Ehrgeiz hat die ihm eigene Angst um seine Person überwunden, nachdem die schweizerische Polizei besondere Sicherheitsmaßnahmen mit verstärktem Polizeiaufgebot angelegt hatte. Außerdem ist ein starkes Aufgebot italienischer Gendarmen zum Schutze des großen Kommandanten aus Rom in Locarno gemeldet worden.

Wenn auch die Konferenz ihre letzten Arbeiten formell noch nicht abgeschlossen hat, so scheint es doch anzunehmen, ihr Ergebnis, soweit es bereits feststeht oder nicht mehr zweifelhaft ist, in rohen Umrissen zu skizzieren. Auch das Bewußtsein, daß die deutsche Delegation in diesen Tagen zwar keine ausgeprochenen Forderungen, wohl aber alles das demontierte, was ihr mit Rücksicht auf die Deutschnationalen unangenehm ist, kann uns von einer Skizzierung nicht abhalten.

Welcher Art ist also das vorläufige Ergebnis?

Der Sturm gegen Severing

Deutschvölkische Sehnsucht nach der Monarchie

Gegen den preussischen Minister des Innern, Benno Severing, liegen im Preussischen Landtag nicht weniger als drei Mißtrauensvotums vor, ein deutschnationales, ein deutschvölkischparteiliches und ein von der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Ueber diese Mißtrauensvoten wurde gestern im Preussischen Landtag verhandelt. Als Redner der Deutschen Volkspartei sprach der Abgeordnete Leidig, der Severing vorwarf, er sei Sozialdemokrat geblieben, und zwar ein parteimäßig gebauener Sozialdemokrat, er habe für seine Partei außerordentlich viel getan und die ganze innere Verwaltung sei von seinen Parteigenossen durchdrungen. „Sie können uns nicht nehmen“, so rief er aus, „daß wir mit Wehmut hängen an dem, was gewesen ist, und wir hoffen, daß eine andere Staatsform wiederkommt.“ Der Minister sei ein Parteiminister gewesen, es solle an seine Stelle ein Mann kommen, der losgelöst sei von seiner Partei und sich bemühe, alle Kräfte im Volke, die guten Willens seien, für die Mitarbeit im Staat zu gewinnen und die Jugend zu neuer Begeisterung führe.

Bemerkenswert an der Rede Leidigs ist vor allen Dingen, daß wir hier wieder einmal aus völkischparteilichem Munde ein offenes Bekenntnis zur Monarchie gehört haben. Es ist nur schade, daß der Herr Leidig und nicht mitgeteilt hat, was er für einen Kandidaten in Bereitschaft hat. Will er den offenbar geisteskranken Mann, der jetzt Deutschlands Thron throniert, aus seiner beschaulichen Nische in Döberitz herausreißen, oder soll es der Schloßherr von Döberitz sein, der ja jetzt erst wieder durch eine etwas eigentümliche Affäre von sich reden gemacht hat, aber irgend ein Kuppelredner oder Friedrich August? Es ist wirklich schade, daß sich der Herr Leidig nicht noch etwas deutlicher geäußert hat. Nach einem unparteilichen Minister, einem Fachminister, steht ihm der Sinn. Er hat nur vergessen, den Nachweis zu führen, daß in den Ländern, in denen die Deutsche Volkspartei zuhause ist, die Rechte in der Regierung nicht, so ganz unparteilich regiert wird. Nach dem, was wir z. B. aus Thüringen oder Mecklenburg hören, geht es dort nicht gerade unparteilich zu.

Der Sprecher der Wirtschaftspartei erklärte, daß seine Partei programmäßig auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehe, auch er ist mit dem Minister Severing nicht zufrieden, weil angeblich der Mittelstand von Severing nur als Objekt der Gesetzgebung und Verwaltungsmassnahmen diene. Eine Erklärung aber, daß seine Fraktion dem Mißtrauensvotum zustimmen werde, gab er nicht ab.

Severing reagierte sehr scharf mit seinen Gegnern ab. Dabei wies er auf die Nachschichten der nationalistischen Festschreiber hin. So berichtete er unter anderem, daß in Hamburg Pläne aufgedeckt seien, die nicht mehr und nicht weniger enthielten als Bemerkungen darüber, wie man im Falle gewisser außen- und innenpolitischer Entwicklungen Hamburg und Altona zernichten und die Einwohnerhaft zum Hunger bringen solle. Die Klagen darüber, daß zu viele Ausländer nach Deutschland kommen, beantwortete er damit, daß er die Herren von der Rechten aufforderte, deutsche Arbeiter anzustellen und angemessen zu bezahlen. Gerade diejenigen Kreise, die dem Reichslandbund nahestanden, seien es, die für die hemmungslose Zuwanderung der polnischen Arbeiter einträten. Vorwürfe sind Severing auch vor allen Dingen wegen seiner Haltung zu den nationalistischen Organisationen, Stahlhelm, Jungbo usw., gemacht worden. Er erklärte darauf, es sei nicht richtig, daß sich die unterirdischen Verbände von den Kommunisten dadurch unterziehen, daß sie sich nicht gegen Staat und Reich richten. Er möchte die Zustände vom Jahre 1923, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht hätten, sich nicht wiederholen lassen. Die Kommunisten wollen sich ihre Stellungnahme bis zur Abstimmung vorbehalten, die am Donnerstag nächster Woche stattfinden soll.

Vor dem Ende der Konferenz

Abchluss der Beratungen in Locarno am Sonnabend oder Montag

Ueber den Sicherheitspakt ist zwischen den Alliierten und Deutschland volle Übereinstimmung erzielt. Der Text ist fertig und bedarf nur noch der endgültigen Zustimmung der Volkskonferenz. In ihm erkennt Deutschland die bestehenden französischen und belgischen Grenzen an (endgültiger Verzicht auf Elsass-Lothringen und Cuxen-Walmeb) und verpflichtet sich, im Konfliktfälle ein Schiedsgericht anzunehmen. Als Garant treten mit gleichen Rechten und Pflichten England und Italien auf. Außerdem wird die Bereitschaft zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erklärt und die Verpflichtung zum Abschluss von Schiedsgerichtsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei eingegangen.

Der Eintritt in den Völkerbund erfolgt unter Aufrechterhaltung des Artikels 16 der Völkerbundakte. Die Alliierten werden bestimmte bereits festgelegte Erklärungen abgeben, um gewissen deutschen Bedenken Rechnung zu tragen. Sie geben Deutschland die Gewährung, daß im gegebenen Falle keine besondere Lage berücksichtigt werden soll. Von einer Erfüllung der „unerschütterlichen deutschnationalen Vorbedingungen“ kann aber keine Rede sein.

Die abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge beruhen auf dem in der Londoner juristischen Beratungen aufgestellten Kompromiß, d. h. die Verträge werden nicht obligatorisch für alle Konfliktfälle Anwendung finden. Das ist vom sozialistischen Standpunkt aus sehr zu bedauern. Schiedsverträge werden abgeschlossen zwischen Frankreich und Deutschland, Belgien und Deutschland, der Tschechoslowakei und Deutschland sowie Polen und Deutschland. Die ersten drei Verträge sind in ihrer Formulierung fertig. Der deutsch-polnische Vertrag wird am Donnerstag endgültig formuliert. Was die beiden letzten Verträge anlangt, so fällt es ihnen eine einseitige Garantie zugunsten der Völkerbundgarantien fort.

Es bleiben noch eine Anzahl Fragen, deren Erledigung am